Der britische Gewerkschaftskongress setzt Schwerpunkte

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **67 (1975)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354761

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der britische Gewerkschaftskongress setzt Schwerpunkte

J. W. Brügel

In den letzten Jahren war der immer in der ersten Septemberwoche von Montag früh bis Freitag mittag tagende Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) von zwei Verhandlungsgegenständen beherrscht: neben der selbstverständlichen Sorge um die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften stand immer die Frage der britischen *Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft* (EG) in Brüssel im Vordergrund meist leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Mit Hilfe der Blockstimmen der grossen Gewerkschaften sind alljährlich «europafeindliche» Resolutionen mit grosser Mehrheit angenommen worden, 1973 und 1974 sogar verschiedene Resolutionen, die einander widersprachen.

Das erste britische Referendum vom 5. Juni, bei dem sich die Wählerschaft im Verhältnis 2:1 für ein Verbleiben des Landes in den europäischen Institutionen ausgesprochen hat, befreite den Gewerkschaftskongress in Blackpool von den früheren Europa-Diskussionen. Es wurde ein Antrag angenommen, das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren und den bisherigen *Boykott des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG aufzugeben. Der TUC wird nunmehr die ihm dort vorbehaltenen acht Sitze einnehmen.* Als Rückzugsgefecht war ein Zusatzantrag vorgelegt worden, demzufolge der Bildung einer «Europäischen Union» eine weitere Volksbefragung vorangehen solle. Das wurde debattelos angenommen in dem Bewusstsein, dass ein solcher Beschluss völlig bedeutungslos ist, während eine Debatte darüber kaum verheilte Wunden wieder aufreissen müsste.

Im Gegensatz dazu gab es in Blackpool zwar leidenschaftslos, aber mit grosser Gründlichkeit ausgetragene Auseinandersetzungen über das gegenwärtige Zentralproblem, das alle Erwägungen auf der britischen Insel beherrscht: die *Inflation,* die steigende *Arbeitslosigkeit* und die Zukunft des zwischen der Regierung Wilson und dem TUC geschlossenen *«Sozialkontrakts»*, der, in Kürze ausgedrückt, besagt, dass die Labourregierung sich zu sozialpolitischen Reformen verpflichtet, wie höhere Altersrenten, ein Mietenstopp usw. (Dinge, die fast alle schon verwirklicht worden sind), wofür die Gewerkschaften Lohnaufbesserungen nur zur Abgeltung von Preiserhöhungen verlangen werden. Das Preisniveau ist etwa um 20 Prozent gestiegen, aber einige Gewerkschaften haben 30prozentige Lohnerhöhungen entweder durchgesetzt oder wenigstens verlangt. So unsinnig es wäre, einseitig Lohnerhöhungen als für die Inflation verantwortlich zu bezeichnen – als ob es keine den Benzinpreis ver-

vielfachende Ölscheichs gäbe –, so unsinnig wäre es zu leugnen, dass eine Erhöhung des Bergarbeitereinkommens um 30 Prozent, mag sie an sich noch so berechtigt sein, inflationistische Wirkungen haben und sogar zur Abkehr von der Kohle zugunsten anderer Heizstoffe führen könnte, also die Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern verstärken müsste. Unter diesen Umständen schien eine *Neuformulierung des Sozialkontrakts* unabweislich.
Der Regierung Wilson ist da in der Person des Generalsekretärs des Transport- und Allgemeinen Arbeiterverbandes, Jack Jones, ein unerwarteter Verbündeter erwachsen. Sein Verband organisiert vor allem Docker und Autobuspersonal sowie – mit Ausnahme von Bergarbeiter – Arbeitnehmer jeder Kategorie – er ist ein Gewerkschaftsbund im kleinen. Jedenfalls sind die meisten der von diesem Verband betreuten Menschen ungelernte Arbeiter mit einem verhältnismässig niedrigen Einkommen. Jones' von der Regierung Wilson übernommener Vorschlag zielt nun dahin, durch Einführung einer oberen Grenze für Lohnerhöhungen eine relative Besserstellung der am schlechtesten entlohnten Kategorien zu sichern. Praktisch sieht das so aus, dass niemand mehr an Lohnerhöhung bekommen kann als 6 Pfund (etwa Fr. 34.–) die Woche; wer aber bisher schon mehr als 8500 Pfund im Jahr verdient, darf überhaupt keine Aufbesserung verlangen. Jones hatte nun die nicht leichte Aufgabe, unterstützt vom TUC-Generalsekretär Len Murray, diesen seinen Vorschlag auf dem Gewerkschaftskongress durchzusetzen. Hier kamen die historischen Unterscheidungen von «rechts» und «links» völlig inWegfall. Jones gilt als «Linker»: gegen seinen Vorschlag stimmten sowohl Gewerkschaften, denen man eine «linke» Führung nachsagt, als auch solche, die als «rechtsgerichtet» gelten. Hier ging es nämlich um eine rein gewerkschaftliche Streitfrage: was gerechter ist, die Niedrigentlohnten zu bevorzugen oder den «Abstand» aufrechtzuerhalten, den die qualifizierten vor den unqualifizierten Arbeitern haben. Die Lokomotivführer zum Beispiel bestehen auf einem lohnmässigen Vorsprung vor den übrigen Eisenbahnern; sie sehen darin die ganze Existenzberechtigung der Aufrechterhaltung einer eigenen Organisation. Sie waren unter jenen, die gegen den Vorschlag von Jones stimmten, obwohl die Führung sonst politisch mit Jones «durch Dick und Dünn» geht. *Gesiegt hat vor allem ein Argument, das Jones wiederholt ins Treffen führte: dass es unter allen Umständen ein gewerkschaftliches Interesse darstellt, die Regierung Wilson im Amt zu erhalten.* Bei der Abstimmung ging die von Jones vertretene Linie mit grosser Mehrheit – 6,9 Millionen gegen 3,4 Millionen – durch. Für den Fall, dass sich diese freiwillige Einkommenspolitik nicht bewähren sollte, hat die Regierung Wilson angekündigt, dass sie sich, wenn auch ungern, die Möglichkeit einer gesetzlichen Massnahme vorbehält. Davon war der Gewerkschaftskongress weit weniger begeistert. Ein

solche Absichten verwerfender Antrag wurde mit 6,4 gegen 4 Millionen Stimmen abgelehnt.
TUC-Beschlüsse sind für die angeschlossenen Gewerkschaften nicht bindend. Trotzdem hat die Union of Public Employees (die meist schlecht bezahltes Krankenhauspersonal organisiert), nachdem sie gegen den Antrag Jones gestimmt hatte, erklärt, sich dem Mehrheitsbeschluss fügen zu wollen. Dagegen hat der Metall- und Maschinenbauerverband mit 1,4 Millionen Mitgliedern seine weitere Haltung von einem Beschluss seiner leitenden Organe abhängig gemacht.
Der Gewerkschaftskongress von 1975 tagte im Zeichen der *höchsten bisher erzielten Mitgliederzahl*. Trotz eines leichten, durch den Schrumpfungsprozess des Wirtschaftszweiges hervorgerufenen Rückgangs bei Eisenbahnern und Bergarbeitern verzeichnet der TUC einen Mitgliederzuwachs von 340 000 gegenüber dem Vorjahr, davon 160 000 Frauen. Alle angeschlossenen Verbände zusammen stellen jetzt eine *TUC-Mitgliedschaft von 10 360 000.*